

Stellungnahme des Vereins „Gewerkschaften für Bürgermedien“ zur "Volpers-Studie" sowie zur Reaktion von LfM und CDU

Am 15.2. wurde in der Landesanstalt für Medien (LfM) der Öffentlichkeit die Untersuchung von Prof. Volpers zum "Bürgerfunk in NRW" vorgestellt.

Das Gesamtresümée von Prof. Volpers lautet: „Der Bürgerfunk ist besser als sein Ruf.“ Der Studie zu Folge bietet die Bürgerfunklandschaft ein sehr heterogenes Bild. In über 150 Radiowerkstätten in den 46 Verbreitungsgebieten in NRW geht der Bürgerfunk täglich auf Sendung.

Damit erfüllen die "Bürgerfunker" tagtäglich den Auftrag des Landesmediengesetzes. Es ist das Ziel des Gesetzes, den Bürgern zu ermöglichen, aus ihrer Rolle als bloße "Empfänger" herauszuschlüpfen und selber zu "Sendern" zu werden. Partizipation, die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Entstehung von Medien und öffentlicher Meinungsbildung sowie die Vermittlung von Medienkompetenz waren und sind die Schlüsselwörter und Schlüsselfunktionen des Bürgerfunkes in NRW. Der Bürgerfunk soll den vielen Organisationen, Institutionen, Verbänden und Menschen, die eher nicht in den kommerziellen Medien abgebildet werden, die Möglichkeit bieten, am Mediengeschehen teilzunehmen.

Prof. Volpers kommt zu dem Ergebnis, dass der Bürgerfunk vielfältig (Seite 145) und überwiegend produzentenorientiert ist, wodurch der Bürgerfunk seine "primäre Funktion als Vermittler von Medienkompetenz und der Gewährleistung von Partizipationschancen im Medium Hörfunk" erfüllt (Volpers, Seite 146/147).

Als völlig unverständlich bezeichnet daher der Verein GfB die Pressemitteilungen der Landesanstalt für Medien und der CDU-Landtagsfraktion vom 15.2. Die LfM-Aussage „besonders problematisch seien die Bereiche Musik, Information und Lokalbezug“ entbehrt jeder Grundlage. Die Volpers-Studie war bezüglich des Musik- und Wort-Anteils eine rein quantitative Erhebung. Ebenso die quantitative Erhebung des Lokalbezuges und des Anteils von Information. Die Studie enthält keinerlei Aussagen darüber, wie der Bürgerfunk bei den Hörern aufgenommen wird. Es ist weder eine qualitative Bewertung des Musik-Wort-Verhältnisses möglich, noch eine qualitative Bewertung über den Umfang von Information und standortbezogenen Themen. Niemand kann erklären, was bezüglich dieser Kriterien ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ ist. Auch würde diese Bewertung aus der jeweiligen Sicht des Betrachters (Hörer, Lokalsender, LfM, Radiowerkstätten, Wissenschaft etc.) höchst unterschiedlich ausfallen. Die Gradmesser für den Bürgerfunk sind die Ermöglichung von Partizipation und die Vermittlung von Medienkompetenz. Und diese Aufgaben werden laut der Studie von den Radiowerkstätten erfüllt!

Gleichermaßen fordern nun LfM und CDU eine Veränderung in der Förderung der Radiowerkstätten und erwarten davon eine Qualitätssteigerung. Es liegt bislang aber auch von Seiten der LfM kein Vorschlag auf dem Tisch, in welcher Form eine veränderte Förderpraxis zu einer Qualitätssteigerung im Bürgerfunk beitragen könnte. Im Ergebnis interpretieren LfM und CDU einen Anspruch an den Bürgerfunk, der sich aus dem Gesetz nicht herleiten lässt.

Es ist nun zu befürchten, dass die Ergebnisse der Volpers-Studie dazu benutzt werden, über eine Veränderung der Förderung, dem Bürgerfunk den Boden zu entziehen. Der CDU fällt nicht mehr ein, als über Sendezeitenveränderungen (nach 22 Uhr?!) und alternative Übertragungswege nachzudenken und stellt damit einseitig die betriebswirtschaftlichen Interessen der Lokalsender über den Partizipationsgedanken des Gesetzes. Partizipation darf aber nicht auf die Nachtstunden abgeschoben werden.

Die Radiowerkstätten in NRW sind in Interessengemeinschaften zusammen geschlossen. Diese führen seit Jahren gemeinsam mit der LfM die Qualitätsdiskussion. So hat z. B. erst kürzlich die LfM auf Initiative und Anregung der Bürgerfunker ein 2-jähriges Projektes (01.01.2006 - 31.12.2007) zum Qualitätsmanagement für Radiowerkstätten vergeben.

Sinnvoller als die formale Diskussion über Förderrichtlinien und Gesetzesänderungen ist aus Sicht der Bürgermedienproduzenten eine qualitative Diskussion über Qualitätsstandards im Bürgerfunk vor Ort bei den Lokalsendern zwischen den Veranstaltergemeinschaften des Lokalfunks und den Radiowerkstätten.

Ralf Woelk
Vorsitzender
Gewerkschaften für Bürgermedien e. V. (GfB)